

Bürgerinitiative »Kein Industriegebiet zwischen Wiedemar – Brehna – Delitzsch«

21.08.2023

Initiative findet klare Worte im direkten Dialog mit dem Ministerpräsidenten

Vor Beginn der öffentlichen Veranstaltung

„**Direkt > Michael Kretschmer #UnterwegsFürSachsen**“ am 16.08.2023 in Zwochau, traf sich die Bürgerinitiative zu einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, um über das geplante Industrievorsorgegebiet zu sprechen. An dem vereinbarten Termin nahmen auch ein ortsansässiger Großbauer, der Bürgermeister der Gemeinde Wiedemar sowie der Landesbeauftragte für Großansiedlungen teil.

Die Mitglieder und Unterstützer der Initiative erschienen zuweilen alle demonstrativ in weißem Oberteil – als friedliches Zeichen der vereinten Sache.

Luisa Gruber, Sprecherin der Bürgerinitiative, erklärte:

*„Unsere Bürgerinitiative heißt nicht „Keine Industrie mehr in Sachsen“, sondern Bürgerinitiative „Kein Industriegebiet **zwischen Wiedemar-Brehna-Delitzsch**“! Es geht uns um diese Fläche hier, weil es sich um den besten Ackerboden in Deutschland handelt. Daher werde er auch seit vielen Jahrzehnten für die Landwirtschaft genutzt und ernähre unsere Bevölkerung. Dass dieser nun einfach so platt gemacht werden soll, um als betonierte Jokerfläche für Konzerne bereit zu stehen, ist mehr als verwerflich und unter keinen Umständen hinnehmbar. Zumal diesen Konzernen eine solche Fläche nicht genüge, sondern noch mit unzähligen Steuergeldern in Milliardenhöhe – siehe Ansiedlung TSMC in Dresden oder INTEL in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) – gefördert werden müssen.“*

1

Der anwesende Bauer wäre von den geplanten 400 Hektar mit 120 Hektar betroffen. Zusätzlich werde er sehr wahrscheinlich weitere Hektar für die Bereitstellung von Ausgleichsflächen einbüßen müssen. Die Umsetzung des Vorhabens sei für seinen landwirtschaftlichen Betrieb existenzbedrohend. Den anderen ansässigen Bauern gehe es nicht anders. Die Landwirtschaft würde verloren gehen. Kein Getreide, kein Mais, keine Zuckerrüben und auch keine Kartoffeln mehr. Dafür aber ggf. künftig jede Menge elektronische Chips. Nur stellt sich hier die Frage, was die Bevölkerung dringender braucht? Denn Fakt ist: von elektronischen Chips werden die Menschen in der Region nicht satt.

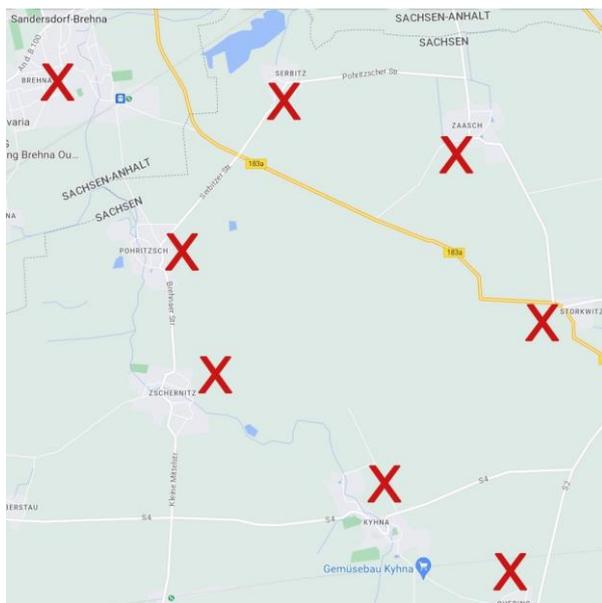
Birgit Müller, Mitglied der Bürgerinitiative, zitierte beim Gespräch mit dem Ministerpräsidenten aus dessen Regierungserklärung („Wir gestalten Sachsen – sicher, sozial, frei“ – Ministerpräsident- sachsen-de“):

*„Ich möchte Ihnen ein Zitat aus Ihrer Regierungserklärung vorlesen – Sie schrieben: **„Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Natur, für die Umwelt, für den Klimaschutz. Umweltschutz. Für mich als Christ ist die Bewahrung der Schöpfung ein wichtiges Anliegen und etwas, dem ich mich verpflichtet fühle“**. Wie passt das mit dem geplanten Industrievorsorgegebiet zusammen?“*

Der Ministerpräsident wollte diesen Argumenten und Worten nichts entgegensetzen. Im Gegenteil, er kann die Argumente der Bürgerinitiative gut nachvollziehen, findet diese auch legitim. Für ihn handle es sich um einen langen und landesweiten Prozess. Mit dem Vorhaben könnte sich eine große Chance für unsere Region auftun: Schaffung von gut bezahlten Arbeitsplätzen, kurze Arbeitswege (z.B. auch mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren zu können) und vor allem Fachkräftezuwanderung, welche dem Rückgang der Bevölkerungszahl in Sachsen entgegenwirken könne. Für den Ministerpräsidenten stelle Demokratie ein Interessenausgleich dar. Wir Bürger hätten die Möglichkeit in diesem Prozess mit zu entscheiden. Wir hätten in der Hand, wie es werden könnte – beim Bürgerentscheid.

Demokratie fängt bei Franca Hoser, ebenfalls Mitglied der Bürgerinitiative, schon im Entscheidungsprozess an, d. h. die Bürgerinnen und Bürger hätten nach ihrer Auffassung von Anfang an, also schon vor dem Aufstellungsbeschluss, mitentscheiden müssen:

„Doch wie soll das gehen, wenn die betroffenen Gebiete nicht mal durch einen gewählten Vertreter im Gemeinderat vertreten werden und die, die entscheiden dürfen, weit genug von den unmittelbar betroffenen Ortsteilen weg sitzen. Das ist definitiv keine Demokratie!



... Die roten Kreuze symbolisieren die Orte, die betroffen sind und durch **keinen gewählten Vertreter im Gemeinderat vertreten werden**. Sie umrahmen fast perfekt das geplante IVG – das ist ein **Unding!**

... Die anderen Ortsteile, die an den bisherigen Entscheidungen mitwirken konnten, liegen außerhalb des Kartenausschnitts. Also weit weg. Nur für den Vergleich: Werlitzsch beispielsweise ist circa 10,8 Kilometer vom IVG-Gebiet entfernt ... da liegen Brehna und Delitzsch sogar viel näher“!

Der Bürgermeister Steve Ganzer bestätigte dies gegenüber Herrn Kretschmer und zeigte sich sichtlich erschrocken darüber, kommentierte diesen Fakt jedoch nicht weiter.

Für Andrea Diebel, Mitglied der Bürgerinitiative, stellte sich die Frage, wie in diesem Prozess die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich mitwirken können:

„Alle Bürgerinnen und Bürger haben ab 21. August 2023 die Möglichkeit einen 1000-seitigen Vorhabenentwurf zu lesen, der mit Sicherheit zu dem Ergebnis kommen wird, dass das Vorhaben machbar sein wird. Nur, wie viele Punkte

müssen wir akzeptieren, damit es machbar ist, obwohl es doch eigentlich gar nicht dringend nötig ist. Im Übrigen: Schaffen es die Menschen überhaupt, so viele Seiten zu lesen und zu verstehen? Des Weiteren stellt sich für viele Bürgerinnen und Bürger die Frage, wenn der Bürgerentscheid im Ergebnis gegen das Industrievorsorgegebiet ausfällt, wie nach der dreijährigen Bindungswirkung der Prozess weitergeht und ob auch tatsächlich in der Zeit keine Aktivitäten seitens des Freistaates unternommen werden“.

Die Antwort des Ministerpräsidenten war, dass das Ergebnis des Bürgerentscheids akzeptiert werde. Wie es in der Zukunft weitergeht, weiß er nicht. Irgendein Prozess wird weitergehen, wenn auch noch nicht klar sei, wie dieser Prozess aussieht. Herr Ganzer, Bürgermeister der Gemeinde, entgegnete, dass es keinen Plan-B gäbe.

Für Christian Hartnack und Sabine Kohl, beide ebenfalls Mitglieder im Kernteam, steht fest:

„Die Gutachten ändern ja nichts an den wesentlichen Veränderungen, um die es hier geht. Was bleibt, egal welcher Konzern anklopft, ist nämlich der FLÄCHENVERBRAUCH, der VERLUST LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN, die BODENVERSIEGELUNG, der VERLUST VON LEBENSQUALITÄT und die grundlegende ÄNDERUNG DES LÄNDLICHEN CHARAKTERS DER GEMEINDE. Wir machen uns nicht wirklich unabhängig von China, weil die Rohstoffe für die Herstellung nicht aus Deutschland kommen, sondern aus dem Ausland. Am Ende bestimmt auch das Unternehmen, wohin es seine Chips oder Batterien importiert. Kein Unternehmen werde sich verpflichten, nur für Deutschland zu produzieren – wie der INTEL-Chef bei einer Pressekonferenz zum Werk in Magdeburg am 15. März 2022 ja selbst sagte: sie produzieren für den Eigenbedarf^{f1}! Fakt wird hingegen sein, dass wir uns von Lebensmittelimporten abhängig machen, wenn wir besten Acker als Standort herschenken“ (Christian Hartnack).

„Ich bin hier geboren und liebe meine Heimat. Ich habe in der Kindheit erlebt, als die Autobahnabfahrt in Doberstau noch offen war, was das bedeutet. Und nun soll alles wieder so sein und meine Kinder sollen Angst haben müssen, sich frei im Dorf zu bewegen oder nicht mehr gefahrenfrei über gewohnte Dorfstraßen zu gelangen. Meine ganze Familie und mich beunruhigt das sehr, was hier an Verkehr rollen wird“ (Sabine Kohl).

Auch wenn am Ende des Dialogs das geplante Industrievorsorgegebiet nicht aus der Welt ist, so haben wir die Möglichkeit genutzt, dem Ministerpräsidenten von Angesicht zu Angesicht unsere Argumente, warum wir für unser Landleben kämpfen und dies in unseren Augen auch vernünftig und richtig ist, rüber zu bringen.

Andrea Diebel fasst zusammen:

„Ich freue mich, dass Herr Kretschmer sagte, dass er unsere Argumente völlig legitim findet und auch nachvollziehen kann. Nicht umsonst hat er einem Treffen mit uns zugestimmt. Es ist schön, dass man sachbezogen ins Gespräch kommen

konnte. Das Lob dafür haben wir direkt an diesen Abend noch einmal bekommen. Das zeigt uns, dass der Weg den wir gehen, um hier den Acker zu erhalten, der richtige ist. Und, dass wir einen Gegner darstellen, der ernst genommen und nicht unterschätzt wird“.

Die Bürgerinitiative wird sich, anlässlich der am heutigen Tag beginnenden Offenlegung der IVG-Entwurfsunterlagen, in den nächsten Tagen zum weiteren Vorgehen beraten. Des Weiteren wird man sich zu den nächsten Demonstrationen austauschen, neue Teammitglieder willkommen heißen und Antworten auf offene Fragen einfordern.

Weitere Termine und allgemeine Informationen finden Sie auf der Website der Initiative www.keinindustriengebiet.de, auf welcher auch ein durchlaufender Newsticker auf „Aktuelles“ hinweist.

[1] <https://www.youtube.com/live/Zf9uwoQVSSo?feature=share> (ab Minute 13 m 50 s zu hören)